

Europa und die jungen Völker

Daß unser politisches Weltbild eine radikale Änderung erfahren hat, wurde mittlerweile wenigstens zur Kenntnis genommen; daß der Wandlungsprozeß jedoch weitergeht, unauffällig zwar, aber mit einer geradezu gesetzmäßigen Stetigkeit — das wird gern mit einer Leichtfertigkeit übersehen, die schon sträflich ist. Wer als verantwortlich handelnder Staatsmann und Politiker die Augen vor der gewaltigen Umgestaltung unserer Landkarte verschließt, und wem es darüber hinaus gleichgültig ist, welche Art von Regierungssystem sich in jenen Breiten etabliert, die wir gewöhnlich mit dem Wort *Entwicklungsländer* umreißen, stellt politische Fehlrechnungen auf, die sich eines Tages von ihrer katastrophalsten Seite zeigen können.

Vier Faktoren sind es, die vor allem die demokratischen Staaten gründlich unter die Lupe nehmen müssen, wollen sie die Freiheit auch für unsere Nachkommen sichern und der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen:

1. Der Block der jungen Völker, also der farbigen Welt, wird von Jahr zu Jahr größer. Nahezu jeder neue Staat, den wir auf der Karte markieren müssen, der den gigantischen Sprung vom Kolonialland zur politischen Souveränität tat, und damit zugleich seinen Eintritt in das weltpolitische Geschehen anmeldete, ist ein farbiger Staat.

2. Auf dem schwarzen Kontinent — und ebenso im arabischen Raum — bahnt sich eine Entwicklung an, die den enthusiastierten Kleineuropäern, jenen Anhängern der Integration der Sechs, sehr zu denken geben sollte. Afrikas neue Führer, die von Jahr zu Jahr Verstärkung erhalten, sind weitaus klüger, als mancher „weiße Mann“ in einem durch nichts begründeten Hochmut annehmen möchte. Die afrikanischen Nationalstaaten wollen gar nicht lange beim kleinlichen Nationalismus bleiben, sondern steuern auf eine umfassende *afrikanische Föderation* zu, der erhebliches weltpolitisches Gewicht zukommen dürfte.

3. *Lateinamerika*, zwar durch einen Hemisphären-Pakt mit den USA verbunden, in der politischen Praxis aber eher „neutral“ als einem der beiden Machtblöcke verpflichtet, durchlebt jetzt die Phase einer demokratischen Regeneration. Die Ära des Peronismus neigt sich ihrem Ende entgegen. Die Diktatur von rechts, eine südamerikanische Abart europäisch-faschistischer Methoden, verlor nach dem Sturz des Perón-Regimes in Argentinien immer mehr an Boden. Mit der demokratischen Erneuerung geht Hand in Hand ein Kampf um die Komplettierung der Unabhängigkeit. Der politischen Souveränität soll nun die wirtschaftliche folgen, was vor allem in Washington genauestens registriert werden muß.

4. Schließlich gehört auch der riesige *asiatische Raum* zur Betrachtung der Wandlungsprozesse in der Welt. Ganz im Gegensatz zu Südamerika wird dort der Ruf nach dem „starken Mann“ immer vernehmlicher. Die militärischen Staatsstrieche in Pakistan, Burma und *Thailand* sind ein einziges Menetekel, ein flammendes Warnsignal, das uns zeigen sollte, wie sehr *de Gaulles* Vorbild in den unterentwickelten asiatischen Ländern Schule macht. Die überzeugendste Demokratie existiert noch immer in *Indien*, aber dieses Land befindet sich in einem Titanenkampf mit dem kommunistischen *China*, das die asiatische Hegemonie-Stellung anstrebt. Dort geht es also darum, die Demokratie in einem Zwei-Fronten-Kampf gegen den Totalitarismus von links und rechts zu bewahren.

Farbige erhalten Verstärkung

Von den 83 UNO-Mitgliedsstaaten gehören schon heute 29 zu der asiatisch-afrikanischen Staatengruppe, von denen freilich einige Länder durch militärische Verträge mit dem Westblock verknüpft sind, im allgemeinen aber dennoch mit der Masse der Blockfreien stimmen. Zudem offenbaren sich gerade im asiatischen Raum Tendenzen, das bisherige

Militärblocksystem durch eine asiatisch-politische Zusammenarbeit zu ersetzen, die möglichst ohne Europa und die USA funktionieren soll. Daraus folgt also: Die farbigen Völker, durch zahlreiche Gemeinsamkeiten enger aneinandergeschmiedet als durch die Klauseln von auf das Militärische beschränkten Verteidigungspakten, beginnen sich auch in dieser Hinsicht aus der Vormundschaft der früheren Kolonialmächte zu lösen. Mindestens muß der Westen damit rechnen, daß ihm die für wichtige Entscheidungen notwendige Zweidrittelmehrheit vor der UNO-Vollversammlung schon heute in jedem Fall von der asiatisch-afrikanischen Staatengruppe blockiert werden kann. Es gibt Leute, die das alles mit sorgenzerfurchten Mienen auf sich zukommen sehen und die überlegen, ob es auch weiterhin gangbar sei, jedem Staat, unbeschadet seiner Größe und seiner Bedeutung, das gleiche Stimmrecht in der UNO zuzugestehen. Etwas polemisch formuliert gehen also solche Gedankengänge in die Richtung eines Klassenwahlrechts auf internationaler Basis. Als ob die Richtigkeit einer Stimmabgabe von der bevölkerungsmäßigen Stärke und dem verfügbaren Industriepotential eines Landes abhinge.

Vermutlich werden solche Pläne über ihre ersten Umrisse nicht hinauskommen. Denn es ist schließlich ein Kernpunkt der UNO-Konzeption, daß in der Völkerversammlung jeder gleich sein soll, der Farbige wie der Weiße, der mit einer günstigen Außenhandelsposition gesegnete Staat wie der um seine Industrialisierung ringende. So, wie sich einige UNO-Experten die Lösung vorstellen, kann sie also nicht aussehen. Es wäre auch politisch grundfalsch und verhängnisvoll zugleich, wollte man solche unausgegorenen Projekte zum Maßstab für das Handeln der Vereinten Nationen in dieser Frage machen. Die Einschränkung der verbrieften Gleichberechtigung aller, dieses ältesten demokratischen Grundrechtes, ist nicht die rechte Antwort auf den geschichtlichen Emanzipierungsprozeß der bisherigen Kolonialvölker.

Vom Nationalstaat zur Föderation

Gerade Afrika ist jener Teil in der riesigen Region der Entwicklungsländer, der nicht allzulange beim Nationalstaat stehenbleiben will. Kaum hatte sich *Guinea* in einer Volksabstimmung von der französischen „Gemeinschaft“ losgesagt, verband es sich mit dem schon vor längerer Zeit freigewordenen *Ghana*. *Nkrumah* und *Touré*, die Regierungschefs dieser beiden Länder, sehen aber auch in dieser Klein-Föderation keineswegs die Erfüllung ihrer Wünsche. Sie steuern mit der Entschlossenheit, die den von nationalstaatlichen Vorurteilen unbeeinflussten Staatsmännern dieses Kontinents eigen ist, auf die große westafrikanische Föderation zu. Daß sie dabei zunächst den Weg über einen Gemeinsamen Markt nehmen wollen, zeigt nur den Realismus auf, der für das politische Geschehen bei nahezu allen in diesen Jahren unabhängig gewordenen Völkern bestimmend ist. Sie sehen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft keineswegs als ein Gebilde ihrer ehemaligen Kolonialherren, das ihnen nichts sagt. Im Gegenteil, als gelehrige Schüler der Weltpolitik ziehen sie für sich sehr nutzbringende Lehren sowohl aus dem europäischen Gegen- und Nebeneinander als auch aus der Rivalität und Eifersüchtelei der verschiedenen Aspiranten auf die großarabische Führerrolle.

Schon die *Konferenz von Accra* im Jahre 1958 — ebenso auch die etwa zur gleichen Zeit tagende afro-asiatische *Wirtschaftskonferenz von Kairo* — skizzierte die künftige Marschroute der afrikanischen Staatsmänner. Sie wollen ihre eben erworbenen Souveränitätsrechte unverzüglich benutzen, um sie einer größeren Gemeinschaft zu übertragen. Dem Wirtschaftsblock, der zunächst als Nahziel gilt, soll eine politische Föderation folgen. Und das Endziel wird mit dem Ruf umrissen: Einheit Afrikas in Unabhängigkeit. Nun wird es bis dahin noch eine gute Weile haben. Doch das Rumoren im *belgischen Kongo*, das einstmals als „Musterkolonie“ galt, jetzt aber ebenfalls auf Unabhängigkeit drängt, und die noch immer nicht ausgestandenen britischen Sorgen um *Kenia und Zentralafrika*,

lassen erkennen, daß der panafrikanische Nationalismus laufend frische Blutzufuhr erhält. Er nimmt von Jahr zu Jahr an Gewicht zu und ist heute schon ein weltpolitischer Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Dynamische Konzentrationsbewegung

Großbritannien und Frankreich, jene beiden europäischen Nationen, die noch immer die stärksten Interessen in Afrika besitzen, versuchen, durch staatsrechtliche Manipulationen ihre Position zu konservieren. Am deutlichsten kommt dies beim Frankreich de Gaulles zum Ausdruck. Der General auf dem Staatspräsidentensessel hat mit seinem Zauberwort *communauté* zwar mit Ausnahme von Guinea alle afrikanischen Besitzungen Frankreichs bei der Pariser Stange gehalten, doch wird gerade Guinea zum Magneten für die anderen afrikanischen Gebiete und zum Beweis dafür, daß es auch anders geht, wenn nicht sogar besser. Warum sollen denn auch die Staaten der französischen Gemeinschaft nahezu sämtliche Hoheitsrechte einem europäischen Ministerpräsidenten abtreten, wenn sie mit dem gleichen Verfahren zu einem afrikanischen Staatenbund kommen können, dem kein weißer Mann vorsteht? Mit anderen Worten: Frankreich kann gar nicht — so wenig wie übrigens Großbritannien — eine afrikanische Macht bleiben, weil die Afrikaner lieber eine heimische Föderation eingehen als eine solche mit fernliegenden europäischen Staaten.

Auch von dieser Seite wird also der panafrikanische Nationalismus mit Zuzug rechnen können. Seine Staatswerdung kann höchstens gebremst, niemals aber aufgehalten werden. Selbst das bislang allen Zusammenschlüssen abholde *Liberia* vermag sich der dynamischen Bewegung der afrikanischen Konzentration nicht mehr zu entziehen. Nun könnte dies schon wegen der Rolle, die der Islam in Nordafrika spielt, zu einem heftigen Konkurrenzkampf mit dem in Kairo sitzenden Propheten des panislamischen und panafrikanischen Gedankens führen. Aber da *Nasser* seinen allerersten Schritt auf dem langen Weg nach Großarabien (die Einverleibung Syriens) noch immer nicht verkraftet hat, wird er den Anwärtern auf die geschichtliche Rolle des schwarzen Washington wenig entgegensetzen vermögen. Syrien ist keineswegs verdaut, die Pro-Nasser-Welle am verebben, das früher uneingeschränkte Wohlwollen des Kremls beginnt sich weitgehend aufzulösen, und der Rivale aus Bagdad, Ministerpräsident *Kassem*, dürfte nicht zum Gang nach dem Canossa am Nil bereit sein.

Was steht da den afrikanischen Einigern noch groß im Wege? Sie versichern sich der Unterstützung der Massen, geben wenigstens pro forma Gewerkschaftsfreiheit — ein Kapitel, das selbst noch in einigen europäischen Ländern zu den trübsten zählt, und darüber hinaus in Asien keineswegs schon abschließend geschrieben wurde — und machen keinen Hehl aus ihrer Überzeugung, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsform des Westens keineswegs kopieren wollen.

Perönismus keine Exportware mehr

Daß die Aussichten der Demokratie in Lateinamerika nun etwas rosiger sind als noch vor wenigen Jahren, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mit Perons Sturz automatisch das stärkste Bollwerk der südamerikanischen Variante des europäischen Faschismus fiel. Die Epigonen des einstmaligen Diktators von Buenos Aires, die es in den verschiedensten Ländern des südamerikanischen Halbkontinents gab, bekamen zum größten Teil bereits zu spüren, daß Revolutionen dort nicht mehr länger das Privileg politisierender Offizierscliquen sind, die, einmal an die Macht gekommen, aufs brutalste jede demokratische Regung im Volk unterdrückten. Jetzt gibt es auch in jenen Ländern demokratische Volksbewegungen. Die letzten Umstürze jedenfalls hatten nicht mehr den traditionellen Operettencharakter, sondern sie waren ein demokratisches Aufbegehren der Völker, die nicht länger zusehen wollten, daß ein Oberst in Phantasieuniform alle Freiheitsrechte mit Füßen trat und in einer widernatürlichen Koalition mit den Kapital-

mächten eines anderen, eines demokratischen Landes zum Großsiegelbewahrer der wirtschaftlichen Ausbeutung wurde. Wobei es niemals einem Zweifel unterlag, daß die wirklichen Herren im Lande die Manager der großen USA-Konzerne waren bzw. es teilweise noch sind. Und denen kam es jeweils auf die gewinnträchtige Verwertung der Bodenschätze des betreffenden Staates an.

Mit dem Demokratisierungsprozeß in Südamerika ist das Ringen um die wirtschaftliche Befreiung der Länder vor der Haustür der USA aufs engste verbunden. Schon die *Nixon-Reise*, die als good-will-Tour gedacht gewesen ist, schreckte die Washingtoner Regierung auf. Sie hatte bis dahin das südamerikanische Gären nicht sonderlich wichtig genommen. Wirtschaftshilfe — seit dem großartigen Marshall-Plan ein gewichtiges Mittel internationaler Politik — wurde lange Jahre nur den Regierungen gegeben, die sich bereit zeigten, das Gewehr der NATO, SEATO oder des Bagdadpaktes zu schultern. Lateinamerika wurde darüber vergessen. Man überließ die Politik dort weitgehend den US-Konzernen, die in Südamerika recht fest Fuß fassen konnten und ihre wirtschaftliche Machtstellung nicht zuletzt dank des Bündnisses mit den örtlichen Diktatoren absicherten. Jetzt hat sich aber die Lage radikal geändert. Von den Caudillos sind nicht viele übriggeblieben. Auch wenn die Demokratien noch nicht überall als so stabilisiert gelten können wie etwa in Brasilien, Chile, Ecuador, Uruguay und auf der mittelamerikanischen Landbrücke — nach dem Abschütteln der absolutistischen Herrscher in *Venezuela* und *Kuba* braucht man kaum die fünf Finger einer Hand, um den Restbestand an Diktatoren südamerikanischer Couleur abzuzählen. Dieses militärische Feudalsystem hat abgewirtschaftet und damit die Allianz mit dem Dollar.

Massenelend trotz der Kiesengewinne

Es ist doch bedrückend, daß in der unmittelbaren Nachbarschaft der USA das Massenelend noch genauso zu Hause ist wie etwa in Asien. Dabei hat sich, wie bereits erwähnt, die amerikanische Wirtschaft in Lateinamerika stark engagiert. Bloß die Völker, jedenfalls die große Mehrheit der Bürger, konnten keinen Vorteil daraus ziehen. Zwar ist der einheimische Anteil an den Gewinnen ausländischer Gesellschaften, die in Südamerika die Bodenschätze ausbeuten, weitaus günstiger als etwa im Nahen Osten. An einem Beispiel sei dies demonstriert: In Venezuela zahlt der nordamerikanische Öltrust der Landesregierung die Hälfte des Profits, im Vorderen Orient sind es im allgemeinen nur 25 Prozent. Aber auch diese 50prozentige Gewinnbeteiligung hat keineswegs ausgereicht, um Hunger und soziale Misere zu beseitigen. Die Kluft zwischen einigen wenigen Besitzenden und der großen Masse ist zu tief, sie ist so erheblich, daß die Forderung nach *Nationalisierung* wie ganz von selbst gestellt wird.

Und damit sind wir beim Kernproblem der künftigen Beziehungen zwischen Nord- und Südamerika angelangt. Wird es Washington gelingen, durch Beeinflussung der amerikanischen Companies den Südamerikanern das zukommen zu lassen, worauf sie Anspruch haben?

Der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit würde es überaus dienlich sein, wenn die Reichtümer der lateinamerikanischen Länder in erster Linie den Lateinamerikanern zugute kämen. Geschieht dies nicht, dann besteht die Gefahr, daß sich die Völker wieder einem Extrem zuwenden. Da sie das von rechts bereits durchexerziert haben, bedarf es nicht viel prophetischer Gabe, um herauszufinden, wo man dann Anleihen machen würde.

Rückschlag für die Demokratie

Welche Dringlichkeitsstufe das Verhältnis der westlichen Demokratien zu den Entwicklungsländern genießt, erhellt ebenso ein Blick nach Asien. Dort ist eine alarmierende, weil rückläufige Entwicklung im Gange; die Demokratie erlebte einen gewaltigen Rückschlag. Schon *Indonesiens* „gelenkte“ Demokratie läßt starke Bedenken aufkommen, ob in die-

sem Lande die Freiheit überhaupt noch eine Chance hat. Aber weitaus schlimmer als im Inselreich *Sukarnos* ist die Lage in *Pakistan*, *Burma* und *Thailand*. Dort setzten sich mittels eines Staatsstreiches Generale an die Spitze der Regierungen, die lauthals verkündeten, mit der Demokratie sei es vorerst aus, es komme nun darauf an, am Beispiel de Gaulies zu partizipieren.

Ging es bislang in erster Linie darum, der kommunistischen Form der Entwicklung in China eine überzeugende demokratische Alternative in Indien und anderswo entgegenzustellen, so lautet jetzt die Frage: In Indien wird sich entscheiden, ob Asiens Völker zum Kommunismus oder zum rechten Totalitarismus umschwenken werden. *Indien* ist also, wenn man von kleineren demokratischen Ländern in Asien einmal absieht, die einzige Hoffnung der freien Welt in diesem Teil der Erde. Scheitert *Pandit Nehru*, dann bleibt nur der Zweikampf zwischen den politisierenden Offizieren und den roten Mandarinen in Peking übrig, über dessen Ausgang es heute schon keinen Zweifel geben kann. So wenig wie *Tschiang Kai-schek* und *Syngman Rhee* — beide Verächter der Demokratie — dem Kommunismus aus eigener Kraft standzuhalten vermochten, so wenig werden die Offiziersputschisten in Karatschi, Rangun und Bangkok dazu in der Lage sein. Es steht also sehr viel auf dem Spiele.

Mit echt diktatorischer Manier gingen die mit Hilfe der Bajonette ans Ruder gekommenen neuen Herren in Thailand, Pakistan und Burma sofort den demokratischen Grundrechten zu Leibe. Um die gewerkschaftliche Freiheit ist es eigentlich schon geschehen. Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften hat erst kürzlich darauf aufmerksam gemacht, in welchem starkem Ausmaß die gewerkschaftliche Tätigkeit in den genannten Ländern beschränkt worden ist. Druck erzeugt bekanntlich Gegendruck. Und wie, wenn die kommunistischen Agitatoren, deren Untergrundtätigkeit auch die diktierende Generalität nicht verhindern kann, sich der unterdrückten Völker Burmas, Thailands und Pakistans annehmen? Die Diktatoren haben, wie die jüngste Geschichte beweist, durch ihre Politik sehr oft das Geschäft der Kommunisten besorgt.

China nutzt die Gunst der Stunde

Schon hat China, die Gunst der Stunde nutzend, einen Wirtschaftskrieg eröffnet. Das Ziel dieser Offensive ist weitgesteckt: den asiatischen Markt in seiner Gesamtheit wollen die Chinesen erobern. Es kommt ihnen dabei gar nicht darauf an, außer den japanischen Preisen auch die Preise der indischen Exportindustrie skrupellos zu unterbieten. Mit einem Dumping, das sogar die in diesem Punkt nun wirklich nicht unerfahrenen Japaner in einen panischen Schrecken versetzt hat, will Peking die Produkte der anderen völlig vom Markt verdrängen. Es gibt nur zwei Staaten, die der chinesischen Wirtschaftsoffensive entgegen treten können, Japan und Indien. Auf Indien müssen wir im Westen unsere Hoffnungen konzentrieren. Leider ist die Situation dort aber nicht sehr ermutigend. Mit einer Sanftmut, die in dieser Form wohl nur in Indien die Politik beherrschen kann, wird die Entwicklung des 350 Millionen Menschen fassenden Subkontinents betrieben. Kein Wunder, daß alles nur gemächlich vorangeht. Die Besitzverhältnisse haben sich kaum geändert, seit Indien frei wurde. Gewiß, die Maharadschas sind politisch entmachtet, doch der Großgrundbesitz im allgemeinen hat keine Federn lassen müssen. Die freiwillige Bodenreform, das heißt die Sammlung von Land durch idealistische Einzelgänger, könnte vielleicht in Jahrzehnten ein durchschlagender Erfolg werden. Doch not tut ein Erfolg heute. Der Hunger darf nicht länger täglicher Begleiter der Inder sein.

Hinzu kommt — um ein weiteres Problem anzureißen — der empfindliche indische Devisenmangel. Es ist nicht allein die Schuld der Regierung von Neu Delhi, daß ihre Außenhandelsbilanz so passiv ist. Schützen sich denn nicht gerade die europäischen Indu-

strieländer mit hohen Zollmauern gegen die indischen Waren, vor allem vor den Textilien, die zwar billiger sind als die europäischen, die aber dennoch im Preise höher liegen als die chinesischen?

Indien ist zum Angelpunkt der wirtschaftlich-politischen Auseinandersetzung mit den antidemokratischen Kräften Asiens geworden. Aber es sieht so aus, als wolle man die Gefahr in den Regierungskanzleien des Westens nicht richtig sehen. Zwar wird bedauert, daß da und dort der asiatische Faschismus sich ausbreitet, aber der Militärvertrag mit solchen Ländern, in denen der „starke Mann“ die Macht usurpiert hat, wird höher gewertet als die Verteidigung der Freiheit, der doch eigentlich das ganze Paktsystem dienen soll.

Zahlen, die zum Umdenken zwingen

Zur Zeit leben 2,7 Milliarden Menschen auf unserer Mutter Erde. Ein Drittel davon ist in den Staaten beheimatet, die industriell hochentwickelt sind. Doch wahrscheinlich schon im Laufe des nächsten Jahrzehntes wird dieser Anteil auf ein Viertel herabsinken. Der „weiße Mann“, jahrhundertlang Symbol eines unantastbaren Führungsanspruchs, wird also rein biologisch immer mehr überrundet. Nicht nur an der Zahl der Staatsneugründungen kann man ablesen, wie rasch der Vormarsch der Farbigen vonstatten geht, auch die Geburtenziffern enthalten treffendes Anschauungsmaterial. Jährlich wächst die Erdbevölkerung um 47 Millionen Menschen. Davon sind 24 Millionen Asiaten, und davon wiederum 10 Millionen Chinesen. Solche Zahlen zwingen uns zu einem radikalen Um- und Neudenken.

Wir können uns fast ausrechnen, wann Afrika als eine kompakte Staatengemeinschaft sein Mitspracherecht in der Weltpolitik fordert. Es ist wahrscheinlich nur noch eine Frage von Jahren, bis die Lateinamerikaner — dann im vollen Besitz ihres Reichtums — auf dem Weltmarkt in eigener Sache in Erscheinung treten, ohne Zwischenschaltung ausländischen Kapitals und ausländischer Gesellschaften. Und wir müssen schließlich einkalkulieren, daß die 620 Millionen Chinesen vielleicht schon in einem Jahrzehnt einen solchen Druck auf Asien ausüben vermögen, daß ihn die schwache demokratische Basis in den dortigen Ländern kaum auszuhalten vermag.

Gigantische Aufgaben

Einer zukunftsweisenden Politik und Staatsführung stellen sich also gigantische Aufgaben. Aber nicht unbedingt muß jeder der hier aufgezeigten Komplexe zu einer Gefahr für die Demokratie werden. Es hängt auch von unserem Engagement, von unserer Hilfsbereitschaft ab, ob Indien die Durststrecke durchsteht, nach deren Überwindung es gestrost die chinesische Wirtschafts-Herausforderung annehmen könnte. Es liegt an uns, den westlichen Demokratien, ob wir den Afrikanern den Weg in die Freiheit öffnen helfen und sie damit zu unseren Freunden machen. Und es kommt schließlich darauf an, wie der Westen und vor allem die USA das südamerikanische Donnerrollen deuten und welche Konsequenzen sie daraus ziehen. Wenn Freiheit und soziale Gerechtigkeit weiterhin Wesensmerkmal der demokratischen Staatsform bleiben sollen, dann gilt es schleunigst mitzuhelfen, daß diese Prinzipien auch dort fest verankert werden, wo sie gefährdet sind, von innen und außen bedroht werden oder auf schwankendem Untergrund stehen. Es wäre wohl die fatalste Konsequenz einer westlichen Fehlkonstruktion und der chronischen demokratischen Passivität, wenn man alle hier aufgezeigten Entwicklungslinien lediglich zur Kenntnis nehmen und dann zur Tagesordnung übergehen würde. Das Ziel freiheitlicher Politik muß es sein, den Farbigen aus seiner Zwangsvorstellung zu befreien, als habe er nur zwischen dem „roten“ und dem „starken“ Mann zu wählen.